

21.02.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 16/1400 -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Einzelplan 15 - Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Berichterstatlerin

Abgeordnete Heike Gebhard SPD

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 15 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.02.2013/Ausgegeben: 25.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 15 wurde vom

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
und vom
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation Vorlage 16/621

beraten. Zu den Beratungen lag in Vorlage 16/498 der Erläuterungsband zum Einzelplan 15 vor.

- a) Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seiner Sitzung am 20. Februar 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen nicht vor. Der Einzelplan 15, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.
- b) Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation hat seine Mitberatung am 20. Februar 2013 abgeschlossen. Zu den Beratungen des Fachausschusses lagen ergänzende Erläuterungen zur Beilage 2 des Einzelplans 15 mit der Vorlage 16/482 vor. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 15 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 15 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/523.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/600 zu entnehmen. Der Unterausschuss „Personal“ hat in seiner abschließenden Beratung am 29. Januar 2013 den personalrelevanten Teilen des Einzelplans 15 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion zugestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013 - Drucksache 16/2100 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/2120 - zu entnehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. Februar 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 15 befasst. In der abschließenden Sitzung lagen zwei Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie darüber hinaus ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der PIRATEN-Fraktion zur Abstimmung vor. Das Ergebnis der Abstimmungen zu diesen Fraktionsanträgen ist im Anhang dargestellt.

D GesamtAbstimmung

In der GesamtAbstimmung wurde der Entwurf des Einzelplans 15 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion unverändert **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 2 Änderungsanträge der CDU-Fraktion
1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der PIRATEN-Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums (entfällt)
Änderungen in den Haushaltsansätzen (entfällt)

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
1	CDU	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 62 Berufliche Gleichstellung, Potenzialentwicklung Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 5.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die in 2011 vorgenommenen Neuaufträge der alten Regionalstellen Frau und Beruf sind das Abbild einer rückwärtsgewandten Politik. Es ist ein positives Signal, dass Rot-Grün diesen Fehler in 2013 eingesteht und die künftige Förderung gegenüber 2012 von sich aus um 2 Mio. Euro reduziert. Weil die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ kein neues Aufgabenspektrum bedienen, bleibt die hierfür noch verbleibende Förderung in Höhe von 3 Mio. Euro unbegründet. Diese ist als Festhalten an veralteten, längst abgeschafften Doppelstrukturen anzusehen.</p>	2013		2012	von 5.000.000 Euro		7.000.000 Euro	um 3.000.000 Euro			auf 2.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von 5.000.000 Euro		7.000.000 Euro																							
um 3.000.000 Euro																									
auf 2.000.000 Euro																									
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
2	CDU PIRATEN	<p>Kapitel 15 044 Pflege, Alter, demografische Entwicklung Titelgruppe 61 Förderung der Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe</p> <p>Titel 686 61 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">887.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.387.100</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.387.100 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Mit der Erhöhung des Baransatzes soll die freiwillige Förderung der Landesregierung für die Lehranstalten zur Ausbildung von pharmazeutisch-technischen Assistenten (PTA) weiterhin sichergestellt werden.</p> <p>Die PTA übernehmen in ihrem Berufsfeld Verantwortung für unsere Gesellschaft hinsichtlich einer ordentlichen Versorgung mit Arzneimitteln. Hierfür werden qualifiziert ausgebildete PTA in ausreichender Anzahl benötigt. Neue Lehrgänge und eine angemessene Zahl an ausgebildeten PTA müssen sichergestellt werden.</p>	2013		2012		von	887.100 Euro	1.387.100	Euro	um	500.000 Euro			auf	1.387.100 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
2013		2012																											
von	887.100 Euro	1.387.100	Euro																										
um	500.000 Euro																												
auf	1.387.100 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	ja																												

		<p>Die Streichung der Mittel durch die Landesregierung ohne eine Einigung über zukünftige Strukturen und Finanzierung der Ausbildung macht eine wirtschaftliche Kalkulation für die PTA-Schulen unmöglich und gefährdet eine hinreichende Anzahl ausgebildeter PTA.</p> <p>Es muss eine einvernehmliche, schrittweise Lösung über mindestens drei Jahre gefunden werden, die auch grundsätzliche Regelungen zu zukünftigen Strukturen und Finanzierungsmodellen für die PTA-Ausbildung beinhaltet.</p> <p>Die von der Landesregierung geplante Reduzierung der Förderung wird zurückgenommen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
3	CDU	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 80 Patientenbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von 400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Aufgaben eines Patientenbeauftragten werden umfänglich auf Bundesebene wahrgenommen. Auf Landesebene ist es im Hinblick auf die Konsolidierung des Haushaltes nicht gerechtfertigt, Landesmittel für die gleiche Tätigkeit einzustellen.</p>	2013						von 400.000	Euro		400.000	Euro		um 400.000	Euro					auf 0	Euro					<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013																																					
von 400.000	Euro		400.000	Euro																																	
um 400.000	Euro																																				
auf 0	Euro																																				
SPD	nein																																				
CDU	ja																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	Enth.																																				